



Niederschrift

16-030. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses

am Freitag, 04.09.2009, 08:00 Uhr bis 10:15 Uhr,
im Sitzungssaal "Bergstraße" (Raum 3019) des Landratsamtes (Neubau) in Heppenheim,
Graben 15

Tagesordnung

- Punkt 1 Haushaltssituation des Kreises
- Punkt 1.1 Eckwerte des Kreishaushalts 2010 und Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 17. August 2009 zum Konsolidierungskonzept mit Beantwortung hierzu
Vorlagen: 16-1521, 16-1501 und 16-1501/1
- Punkt 1.2 Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 20. April 2009 betreffend Gestaltung der doppelten Haushalte
Vorlage: 16-1353
- Punkt 1.3 Freiwillige Leistungen des Kreises und ihre Definition
- Punkt 2 Beteiligungsbericht 2009
Vorlage: 16-1377
- Punkt 3 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen
- Punkt 3.1 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Aufnahme eines Investitionsfondsdarlehens Abteilung C
Vorlage: 16-1497
- Punkt 3.2 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Kreditaufnahme aus der Kreditermächtigung 2008 und 2009
Vorlage: 16-1451
- Punkt 3.3 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Anzeigepflicht der Mitglieder kommunaler Organe gemäß § 26 a HGO i.V.m. § 18 Abs. 1 HKO und § 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Bergstraße;
hier: Unterrichtung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses
Vorlage: 16-1502
- Punkt 3.4 Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Zusammenstellung der tariflichen Höhergruppierungen im Bereich der Kreisverwaltung nach erfolgter Veranschlagung der Personalkosten im Haushalt 2009

Anwesende:

stellvertretender Ausschussvorsitzender:

von Hunnius, Roland	FDP	in Vertretung für Ausschussvorsitzenden Gottfried Schneider
---------------------	-----	--

Ausschussmitglieder:

Dörr, Ilona	CDU	
Kunkel, Joachim	CDU	
Metzger, Gisela	CDU	
Meyer, Dieter	CDU	in Vertretung für Gottfried Schneider
Roeder, Oliver	CDU	
Fiedler, Josef	SPD	
Hartmann, Karin	SPD	(ab zeitweise TOP 1.1)
Herbert, Gerhard	SPD	(bis zeitweise TOP 1.2)
Kaltwasser, Jürgen	SPD	
Ruoff, Jochen	GRÜNE	
Dr. Greif, Martin	FWG	(ab zeitweise TOP 1.1)

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Jänsch, Klaus	REP	in Vertretung für Haymo Hoch
---------------	-----	------------------------------

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat (bis TOP 1.2)
Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter

Verwaltung:

Goliasch, Gerhard	Finanz- und Rechnungswesen
Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Michel, Christina	Controlling (zu TOP 1)
Fasser, Helmut	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses (zu TOP 1)

Schriftführerin:

Schüßler, Helene	Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses
------------------	---

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Roland von Hunnius eröffnete um 08:00 Uhr die 16-030. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Ersten Kreisbeigeordneten Thomas Metz beglückwünschte er zu seinem heutigen Geburtstag und überreichte ein Präsent.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung der Sitzung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1: Haushaltssituation des Kreises

Punkt 1.1: Eckwerte des Kreishaushalts 2010 und Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 17. August 2009 zum Konsolidierungskonzept mit Beantwortung hierzu Vorlagen: 16-1521, 16-1501 und 16-1501/1

Die Vorlage 16-1521 mit den Eckwerten des Kreishaushalts 2010 wurde in der Sitzung verteilt. Die Vorlage 16-1501/1 mit der Beantwortung der Anfrage der GRÜNE-Fraktion zum Konsolidierungskonzept war vorab mit Post vom 02. September 2009 an die Ausschussmitglieder versandt worden.

Zunächst erläuterte Erster Kreisbeigeordneter Metz die Eckwerte für den Kreishaushalt 2010, wobei er ausdrücklich darauf hinwies, dass die Daten auf der 3. Trendberechnung sowie den Mittelmeldungen der Fachabteilungen basierten und bis zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurf 2010 noch Änderungen zu erwarten seien.

Insbesondere sprach er an:

- das Wegbrechen der Einnahmen aus der Kreisumlage und den Schlüsselzuweisungen (ein Hebesatzpunkt entspreche derzeit 2,65 Mio. €, für 2010 werde eine Verringerung auf 2,47 Mio. € prognostiziert)
- erhebliche Steigerungen bei der LWV- und der Krankenhausumlage
- zu erwartende Erhöhungen bei den Transferaufwendungen im Sozial- und Jugendhilfebereich bedingt durch die wirtschaftliche Entwicklung, wobei die Aufwendungen im Bereich SGB II durch den Bund entsprechend erstattet würden
- den Anstieg des Zinsaufwands (Schätzung, keine verlässliche Prognose)
- die erhöhten Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse durch die Umplanung der Bewirtschaftungskosten der Schulen aus den Schulbudgets zum Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft; die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen verringerten sich dafür entsprechend.

Die Finanzsituation des Kreises entwickle sich wie auch im Bund, Land und auf der gesamten kommunalen Ebene dramatisch. Die Entwicklung zeige, dass eine Änderung des Finanzgefüges im Bund und Land dringend notwendig sei. Die Verwaltung bemühe sich, weitere Einsparpotenziale zu erschließen, doch alle Sparanstrengungen auf Kreisebene reichten nicht aus, um die Auswirkungen des derzeitigen Finanzgefüges auszugleichen.

Abgeordneter Ruoff dankte für die offenen Informationen und plädierte für eine Begleitung der Verwaltung bei der Aufgabenkritik und der Erschließung von Konsolidierungspotenzialen durch die Gremien. Er regte an, hierfür eine kleine interfraktionelle Arbeitsgruppe aus Ausschussmitgliedern einzurichten, die flexibler und intensiver als ein großer Ausschuss agieren könne.

Kritisch äußerte sich Abgeordneter Ruoff über die die fehlende Transparenz der LWV- und Krankenhausumlage.

Im Ausschuss kam es zu einer längeren Debatte über Aufgaben, Struktur und Finanzierung des LWV. Thematisiert wurden auch der Umgang der LWV-Führungsebene mit den Umlage zahlenden Kreisen, die für den Kreis nicht ersichtlichen Anstrengungen des LWV, der Umlageerhöhung entgegenzuwirken, die Mittelverteilung innerhalb Hessens sowie die Zuständigkeit des Gesetzgebers. Es wurde vorgeschlagen, vom LWV eine detaillierte Zusammenstellung seiner Ausgaben einzuholen und dessen Verwaltungsspitze zu einer Aussprache in einer Ausschusssitzung einzuladen.

Zur Kritik an der intransparenten Berechnung der Krankenhausumlage und am Förderverfahren berichtete Erster Kreisbeigeordneter Metz, dass eine Novellierung des Krankenhausgesetzes im Hinblick auf eine dauerhafte Investitionsförderung geplant sei und er hierzu im Gespräch mit dem Hessischen Sozialministerium und dem Hessischen Landkreistag stehe. Der Ausschuss bat Ersten Kreisbeigeordneten Metz, ihn über die Entwicklung dieser Gespräche zu informieren. Weiter wurden die Anregungen gegeben, Landtagsabgeordnete zu einer Diskussion über die Krankenhausförderung einzuladen und das Thema länderübergreifend in der Metropolregion zu behandeln.

Landrat Wilkes bezeichnete die Finanzausgleichsregelungen wie die LWV- und Krankenhausumlage als nur noch von Fachleuten erklärbar und als nicht mehr beherrschbare "Finanzkonstrukte". Die kommunale Ebene müsse hier an einem Strang ziehen, um diese Finanzkonstrukte aufzubrechen. Darüber hinaus sehe er eine Verwaltungsreform mit Verringerung der Ebenen als erforderlich, bei der die Aufgaben möglichst dezentralisiert werden und Aufgaben- und Finanzverantwortung gebündelt und in einer Hand sein sollten.

Abgeordneter Ruoff fragte nach Ergebnissen der aus Bürgermeistern und Vertretern des Kreises eingerichteten Arbeitsgemeinschaft und regte eine Verzahnung zwischen dieser Arbeitsgemeinschaft und der von ihm angeregten Arbeitsgruppe des Ausschusses an. Bürgermeister und Abgeordneter Herbert berichtete, dass sich die Arbeitsgemeinschaft "Kommunen - Kreis" hauptsächlich mit den Möglichkeiten für interkommunale Zusammenarbeit beschäftige, so dass eine Verzahnung mit einer Arbeitsgruppe des Ausschusses nicht zielführend sei. Erster Kreisbeigeordneter Metz ergänzte, dass die Arbeitsgemeinschaft "Kommunen - Kreis" aus der Kreisversammlung der Bürgermeister heraus initiiert worden sei und nicht öffentlich tage. Der Ausschuss könne deshalb über die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft erst nach der Abstimmung mit den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft und der Kreisversammlung der Bürgermeister informiert werden.

Zum Abschluss der Beratung verständigte sich der Ausschuss einvernehmlich auf das weitere Prozedere. Dem Vorschlag von stellvertretenden Vorsitzenden von Hunnius folgend sollen zunächst Abgeordneter Schneider als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft "Kommunen - Kreis", soweit möglich, einen kurze Zusammenfassung der Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft geben und die Verwaltung über der Sachstand des Projekts "Prozessoptimierung und Konsolidierung des Personalaufwandes" berichten. Sodann könne über die Einrichtung einer eigenen Arbeitsgruppe des Ausschusses entschieden werden.

Punkt 1.2:

**Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 20. April 2009 betreffend Gestaltung der doppelten Haushalte
Vorlage: 16-1353**

Über die einzelnen Punkte des Antrags der GRÜNE-Fraktion wurde getrennt beraten.

Punkt 1: Rahmendefinition von freiwilligen Leistungen

Die Definition des Regierungspräsidiums („freiwillig sind Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Vertrag beruhen“) wurde vom Ausschuss als nicht ausreichend gesehen. Eine Leistung aufgrund eines freiwillig eingegangenen Vertragsverhältnisses sei auch weiterhin als freiwillige Leistung zu sehen.

Während es Landrat Wilkes für zweckmäßig erachtete, Leistungen stets auf das jeweilige Haushaltsjahr bezogen zu prüfen, ob und in welchem Umfang sie disponibel seien, hielt es Abgeordneter Fiedler für erforderlich, Leistungen nicht nur bezogen auf den kurzen Zeitraum eines Haushaltsjahres, sondern auch mittelfristig auf ihre Notwendigkeit und Veränderbarkeit hin zu prüfen.

Auf den Hinweis von stellvertretendem Vorsitzenden von Hunnius, dass im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss eine Durchsicht aller Produkte und Leistungen bei den anstehenden Haushaltsberatungen durch den jeweils zuständigen Ausschuss vereinbart worden sei, schlug Erster Kreisbeigeordneter Metz vor, hierbei Leistungen unter folgenden Aspekten zu prüfen:

- Handelt es sich um eine freiwillige Leistung (nach Definition des RP)?
- Bestehen vertragliche Bindungen? Wurden die Verträge zur Erfüllung von Pflichtleistungen durch Dritte geschlossen oder für freiwillige Leistungen?
- Sind die Ausgaben disponibel?

Abgeordneter Dr. Greif regte an, bei dieser Prüfung auch den Standard von Leistungen einzubeziehen.

Erster Kreisbeigeordneter Metz berichtete über die Einrichtung eines Vertragsmanagements im Sozialbereich im Zuge der Kommunalisierung von sozialen Leistungen, das im Ausschuss vorgestellt werden könne.

Landrat Wilkes warnte abschließend vor der Illusion, dass mit einem "Kahlschlag" durch Streichung selbst aller disponiblen Leistungen die Finanzmisere der hessischen Kreise gelöst werden könne.

Punkt 2: Kriterien für die Verwendung von Kennzahlen

Stellvertretender Vorsitzender von Hunnius schlug vor, dass sich die Ausschüsse aufgrund der Belastung durch andere Beratungen erst nach Verabschiedung des Haushalts 2010 intensiv mit den Kennzahlen der in ihre Zuständigkeit fallenden Produkte befassen sollten.

Dagegen plädierte Abgeordneter Ruoff unter Hinweis auf das Datum der Antragsstellung für eine modifizierte Sitzungsplanung der Ausschüsse für die Haushaltsberatungen, um jetzt eine Diskussion über die Kennzahlen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang bat Abgeordnete Hartmann um eine Zusammenstellung der Entwicklung der Finanzsituation der hessischen Kreise seit dem Haushaltsjahr 2000.

Erster Kreisbeigeordneter Metz hielt es für nicht zweckmäßig, im Rahmen der Haushaltsberatungen der Ausschüsse über nicht haushaltsrelevante Kennzahlen zu diskutieren. Um ausreichend Zeit für die Beratung der Produkte im Rahmen der Haushaltsberatungen in den Ausschüssen zu ermöglichen, regte er an, im Kreistagspräsidium über eine Modifizierung der Sitzungsplanung der Ausschüsse nach Einbringung des Haushaltsentwurfs 2010 am 2. November 2009 nachzudenken.

Stellvertretender Vorsitzender von Hunnius unterbreitete den Kompromissvorschlag, bei den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen begleitend auch die Kennzahlen der einzelnen Produkte zu betrachten. Über festgestellte "Defizite" und Neudefinitionen von Kennzahlen sollte aber erst in späteren Sitzungen diskutiert werden. Der vorgeschlagenen Entkoppelung der Überarbeitung von Kennzahlen von den Haushaltsberatungen stimmte der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss einvernehmlich zu.

Für die weitere Verfahrensweise wurde vereinbart, dass der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses die Fraktionen anschreiben solle mit der Bitte, Mitglieder aus den drei Ausschüssen für die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe "Kennzahlen" zu melden, damit diese ab Januar/Februar 2010 ihre Arbeit aufnehmen könne.

Punkt 3: erforderliche Voraussetzungen für Verzicht auf eine Nettoneuverschuldung spätestens ab 2012

Erster Kreisbeigeordneter Metz erklärte, dass derzeit seriös kein Zeitpunkt angegeben werden könne, ab dem eine Nettoneuverschuldung nicht mehr erforderlich werde. Abgeordneter Ruoff sah weniger den Zeitraum als die äußeren und inneren Faktoren für die Vermeidung einer Nettoneuverschuldung von Interesse.

Für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung erkannte Erster Kreisbeigeordneter Metz keine realistischen Voraussetzungen für einen Haushaltsausgleich, was einer Diskussion aber nicht entgegenstehe.

Punkt 1.3: **Freiwillige Leistungen des Kreises und ihre Definition**

Der Punkt war erledigt durch die Beratungen über den Antrag der GRÜNE-Fraktion über die Gestaltung der doppelten Haushalte unter Punkt 1.2.

Punkt 2: **Beteiligungsbericht 2009** **Vorlage: 16-1377**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss befasste sich wie in der Sitzung am 3. Juli 2009 vereinbart noch einmal mit dem Beteiligungsbericht 2009.

Es gab Fragen zu den im Bericht angegebenen finanziellen Auswirkungen des Eigenbetriebs Gebäudewirtschaft auf den Kreishaushalt und zum Lagebericht des Wasserverbandes Hessisches Ried, zu denen Herr Goliasch Erläuterungen gab.

Punkt 3: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen**

Punkt 3.1: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Aufnahme eines Investitionsfondsdarlehens Abteilung C
Vorlage: 16-1497**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der mit der Einladung versandten Vorlage 16-1497 Kenntnis genommen.

Punkt 3.2: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Kreditaufnahme aus der Kreditermächtigung 2008 und 2009
Vorlage: 16-1451**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 16-1451 Kenntnis genommen.

Punkt 3.3: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Anzeigepflicht der Mitglieder kommunaler Organe gemäß § 26 a HGO i.V.m. § 18 Abs. 1 HKO und § 8 der Geschäftsordnung für den Kreistag des Kreises Bergstraße;
hier: Unterrichtung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses
Vorlage: 16-1502**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der in der Sitzung verteilten Vorlage 16-1502 und der beigefügten Zusammenstellung der angezeigten Mitgliedschaften und Tätigkeiten der Mitglieder des Kreistags und des Kreis Ausschusses Kenntnis genommen.

Punkt 3.4: **Verschiedenes, Anfragen und Mitteilungen;
hier: Zusammenstellung der tariflichen Höhergruppierungen im Bereich der Kreisverwaltung nach erfolgter Veranschlagung der Personalkosten im Haushalt 2009**

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss hat von der in der Sitzung verteilten Zusammenstellung der tariflichen Höhergruppierungen im Bereich der Kreisverwaltung nach erfolgter Veranschlagung der Personalaufwendungen im Haushaltsplan 2009 Kenntnis genommen.

Bei der Beratung der zweiten Finanz- und Controllingberichtes für das Haushaltsjahr 2009 in der gemeinsamen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses und des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur am 3. Juli 2009 war die Verwaltung um eine solche Zusammenstellung gebeten worden.

Die Sitzung wurde um 10:15 Uhr durch stellvertretenden Ausschussvorsitzenden von Hunnius geschlossen.

Unterzeichnung der Niederschrift:

stellvertretender Vorsitzender:

gez. von Hunnius

Schriftführerin:

gez. Schüßler